

### **Mafia-Präsenz in Graubünden**

Ende letzter Legislatur wurde eine Anfrage Wellig im Grossen Rat behandelt, der unter anderem die Schaffung eines Treuhandgesetzes zur Bekämpfung der Ansiedlung problematischer Briefkastenfirmen in Graubünden thematisierte - analog zum Kanton Tessin. Die Regierung lehnte die Schaffung eines solchen Gesetzes als unverhältnismässig und unzweckmässig ab. In der Zwischenzeit scheint sich die Lage nicht verbessert zu haben.

Medienberichte vergangener Wochen machten wiederholt auf Mafiosi aufmerksam, die sich in Südbünden hinter Briefkastenfirmen verstecken. Laut diesen Berichten wird der Bund seine Anti-Mafia-Aktivitäten im Tessin verschärfen. Es wird befürchtet, dass sich heikle Briefkastenfirmen vermehrt nach Graubünden verlagern, sollte der Bund nicht gleichzeitig auch in Graubünden aktiv werden. Das würde den Umstand verschärfen, dass Graubünden betreffend problematischer Briefkastenfirmen weniger strenge Gesetze aufweist als der Kanton Tessin, etwa durch ein fehlendes Treuhandgesetz.

Der Verdacht auf Geldwäsche und Verbindungen zur Mafia im Zusammenhang mit Bündner Briefkastenfirmen ist nicht neu. Auch die Bevölkerung in der Mesolcina wendete sich vor zwei Jahren mit einer Petition an die Behörden. Dem Kanton ist die Problematik bekannt und verschiedene Massnahmen seien ergriffen worden. Dennoch stellt sich die Frage, ob der Kanton genug gegen die Mafia-Präsenz in Graubünden unternimmt.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

1. Wird sich die Regierung beim Bund dafür einsetzen, dass dieser seine Anti-Mafia-Aktivitäten auch auf Graubünden ausdehnt, sofern dies nicht ohnehin geplant ist?
2. Ist die Regierung bereit, angesichts der anhaltend problematischen Lage nun doch zur Schaffung eines Treuhandgesetzes Hand zu bieten?
3. Welche anderweitigen Anstrengungen unternimmt die Regierung zur verstärkten Abwendung der Mafia-Präsenz in Graubünden?